

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 18. September 1999 in Baden

Tagespräsidentin: Katrin Kuhn

Dauer: 13.00 - 18.10 Uhr

1. Begrüssung

Katrin Kuhn begrüsst die Gäste aus der Schweiz und Europa, ganz speziell die belgische Gesundheits- und Umweltministerin Magda Aelvoet. Sie weist auf den harten Wind hin, der den Grünen im Kanton Aargau entgegenbläst (AKWs, Atommülltransporte, Verkehrschaos, Ausbau Baregg Tunnel, Freisetzungsversuche genmanipulierte Kartoffeln).

Im Anschluss an ihre Begrüssungsworte verliest sie eine persönliche Grussbotschaft von Bundespräsidentin Ruth Dreifuss.

Abspielen des Wahlspots

Ruedi Baumann

Braucht es die Grünen noch? Auf die meist gestellte Frage im Vorfeld der Wahlen zählt er eine ganze Reihe von bestehenden Problemen auf, für deren Lösung es eine konsequente, grüne Politik braucht. Als grüne Erfolge im Parlament gewertet werden können die Sensibilisierung in Gentechnikfragen, Impulse zur ökologischen Agrarreform, zur ökologischen Steuerreform, zur LSVA, zu den flankierenden Massnahmen bei den Bilateralen Verträgen.

Cécile Bühlmann

Obwohl die Ökologie gemäss Medienberichten nicht mehr auf der politischen Agenda steht, gibt es Erfolge, die auch der Hartnäckigkeit und Voraussicht der Grünen und der Grünen Fraktion zu verdanken sind. Als fünftgrösste Fraktion und grösste Nichtregierungsfraktion mit einer Frauenmehrheit ist die grüne Fraktion Teil des rotgrünen Drittels im Parlament. Die Grünen braucht es, sie sind eine echte Alternative für alle, für die Nachhaltigkeit nicht einfach ein leeres Schlagwort ist!

Erica Hennequin

Betont die Wichtigkeit einer verstärkten welschen Vertretung im Parlament. Sieht die Chancen und Aufgaben der Grünen darin, ein Gegengewicht gegen die Globalisierung zu bilden, da sie nicht ver-

bandelt sind mit Finanz und Multinationalen. Äussert ihre Befürchtung eines Anwachsens des Rassismus in der Schweiz.

Magda Aelvoet

In ihrer abwechselungsweise deutsch und französisch gehaltenen Rede blickt Magda Aelvoet kurz zurück auf die vergangenen Monate in Belgien. Das Auffliegen der Dioxin-Affäre kurz vor den Wahlen hat die Grünen zur drittgrössten Kraft und zu einer der Regierungsparteien Belgiens gemacht. Die EU-Präsidentschaft Belgiens im Jahr 2000 bietet die Chance, das Thema ökologische Steuerreform auf europäischer Ebene in Angriff nehmen. Solche Projekte können heute nur in internationalem Rahmen angegangen werden, davon ist die grüne Umweltministerin überzeugt. Magda Aelvoet gratuliert deshalb den Schweizer Grünen zu ihrem Entscheid, sich für einen Beitritt der Schweiz zur EU einzusetzen.

2. Statutarisches

Als StimmenzählerInnen gewählt werden Michael Töngi und Kurt Hauri.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 8.Mai 1999 wird genehmigt.

Ergänzungswahl in den Vorstand:

Als Vertreter des Kantons Zürich neu in den Vorstand gewählt werden Alex Martinovits und Ruth Genner als seine Stellvertreterin.

Rechnung 1998

Hans Beat Schaffner führt aus, dass das Budget 1998 nicht ganz ausgeschöpft wurde. Die Differenz wird zur Abtragung der Schulden des Vorjahres verwendet.

Der Revisorenbericht wird vorgelesen. Da der Revisor Heinz Hintermeister zurückgetreten ist, muss an einer der nächsten DVs ein neuer Revisor, eine neue Revisorin gewählt werden.

Das Budget 2000 ist schwierig zu erstellen, da vieles vom Ausgang der Wahlen abhängt. Das Budget ist deshalb im Rahmen des Jahres 1999 gehalten.

Die Rechnung 1998, der Revisorenbericht und das Budget 2000 werden einstimmig genehmigt.

3. Stellungnahme zu den Bilateralen Verträgen

Ruedi Baumann, Ruth Genner und Pia Hollenstein erklären die aktuelle Situation. Die sieben Bilateralen Verträge bilden ein Gesamtpaket, das nur als Ganzes abgelehnt oder angenommen werden kann. Neben positiven Punkten enthält vor allem der Landverkehrsvertrag Elemente, die innenpolitisch griffige flankierende Massnahmen verlangen. In seinem Antrag zuhanden der DV hat der Vorstand die Forderungen formuliert, die aus Sicht der Grünen unbedingt erfüllt werden müssen, um vom Ergreifen eines Referendums absehen zu können. Die Diskussion im National- und Ständerat ist noch im Gang.

Der Entscheid über ein allfälliges Ergreifen des Referendums ist deshalb erst nach dem 8. Oktober (Schlussabstimmungen im Parlament) sinnvoll, vielleicht auch erst eine Woche später, wenn klar ist, wer das Referendum ergreift.

Tatsache ist: Der Transitvertrag mit der EU läuft aus, die 28-Tonnen-Limite könnte nicht gehalten werden. Es hätte katastrophale Auswirkungen, wenn die Verträge ohne flankierende Massnahmen durchkommen. Ob mit dem neuen Parlament nächstes Jahr griffigere flankierende Massnahmen erreicht werden, ist zumindest ungewiss. Der Vorstand beantragt deshalb, von einem Referendum abzusehen, wenn die Vorschläge der nationalrätlichen Kommission durchkommen.

Anschliessend begründet Luzius Theiler seinen und Werner Nussbauers Antrag, an dieser DV die Unterstützung eines Referendums der Alpeninitiative gegen das Landverkehrsabkommen zu beschliessen. Die Tessiner Grünen haben ein Ja zu einem allfälligen Referendum einstimmig beschlossen, laut Werner Nussbaumer sind sie nur so für die kommenden Wahlen glaubwürdig für ihre WählerInnen.

Ruedi Vögtlin ist der Ansicht, dass die Vorschläge der nationalrätlichen Verkehrs-Kommission durchkommen müssen. Er schlägt vor, den Antrag Theiler/Nussbaumer so umzuformulieren: «Wenn mindestens drei Umweltverbände das Referendum ergreifen, wird die Grüne Partei Schweiz das Referendum aktiv unterstützen.»

Verschiedene VotantInnen zweifeln daran, dass ein neu ausgehandeltes Landverkehrsabkommen bessere Ergebnisse brächte. Ein Referendum könnte sich eher kontraproduktiv auswirken und uns auf die Seite der ewigen Nein-Sager bringen. Sorgfältig politisieren heisst in diesem Fall auch, das Ganze im Auge behalten und nicht Entscheide fassen, bevor die definitiven Fakten auf dem Tisch sind.

Der Vorstand hat sich an seiner Sitzung mit 14 gegen zwei Stimmen für seine Resolution ausgesprochen. Ruedi Baumann schlägt vor, einen definitiven Entscheid an der Vorstandssitzung vom 30. Oktober 1999 zu fällen.

Der Antrag des Vorstandes wird mit 74 Ja zu 4 Nein bei 5 Enthaltung angenommen.

4. Grüne Position zu Arbeit und sozialer Sicherheit

Ruth Gonseth stellt das jüngste grüne Positionspapier zu Arbeit und sozialer Sicherheit vor. Dessen Hauptaussage lässt sich auf den Nenner «Umbau statt Abbau» bringen. Armut und Fürsorgeabhängigkeit nehmen zu, obwohl die Schweiz nach wie vor das reichste Land ist. Umgestaltung und Harmonisierung des Systems der sozialen Sicherheit sind unabdingbar. Bedingt auch durch die demographische Entwicklung sind höhere finanzielle Mittel nötig. Es besteht die Gefahr einer Zweidrittels-Gesellschaft.

In der Altersvorsorge, zur Bekämpfung der Neuen Armut, bei der Finanzierung der Sozialwerke, bei der Verteilung von Nichterwerbs- und Erwerbsarbeit sind Reformen, wie sie im Sozialpapier skizziert werden, dringend nötig.

Anschliessend stellt Luc Recordon seinen Antrag zum Positionspapier vor, der aus einer Ergänzung des Kapitels «Zweite Säule reformieren – Rentenalter flexibilisieren» besteht. Nach Korrekturen an der deutschen Übersetzung wird der Antrag ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung angenommen. Das Papier wird anschliessend einstimmig angenommen.

5. Verschiedenes

Die Resolution "Ja zur registrierten Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare", vorgestellt vom Verfasser Bernhard Pulver, wird mit zwei Enthaltungen angenommen.

Die Resolution des Mouvement écologiste jurassien zur Abstimmung in der Gemeinde Emmen wird mit 12 Enthaltungen verabschiedet.

Bern, 20. Dezember 1999

Für das Protokoll: Gabriela Bader